

Fit für die Zukunft

Vorschaltgesetz zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in der Diskussion

Über zwei Stunden diskutierten linke Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker am 23. März über den Fortgang der in Thüringen anstehenden Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Im Fokus stand der Entwurf eines Vorschaltgesetzes, das zum 1. Juli in Kraft treten soll.

„Ich glaube, ich habe in meiner Zeit hier im Landtag noch nie eine so intensive öffentliche Debatte zu einem Gesetzentwurf erlebt, der immer noch ein Referentenentwurf ist und noch nicht einmal vom Regierungskabinett endgültig verabschiedet wurde“, sagte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in seinem Eröffnungsbeitrag. Damit reagierte er auf den insbesondere von der CDU-Landtagsopposition immer wieder verbreiteten Vorwurf, die Regierungskoalition wolle das Vorschaltgesetz ohne Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit im Schnelldurchlauf vom Parlament verabschieden. Dass dieser Vorwurf ins Leere läuft, zeigte sich auch bei der Erläuterung des Zeitplanes der Beratung des Gesetzes durch Steffen Dittes.

Gesetz regelt Leitvorstellungen

Derzeit laufe das Regierungsanhörungsverfahren der kommunalen Spitzenverbände, auf dieser Grundlage werde der Entwurf am 12. April im Kabinett beraten und beschlossen und anschließend dem Landtag zugeleitet.

Dieser befasst sich laut Plan am 20. oder 21. April erstmalig damit. Dem schließe sich das öffentliche parlamentarische Anhörungsverfahren an, welches einen Monat andauere. Eine abschließende Beratung sei dann in der Juni-Sitzung des Landtages vorgesehen, damit mit der Beschlussfassung das Gesetz am 1. Juli 2016 in Kraft treten könne. Mit dem Gesetz werden im Kern die Leitvorstellungen zur Neugliederung der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemein-

den in Thüringen geregelt. In der sich anschließenden Diskussion wurde neben konkreten regionalen Fragestellungen insbesondere darauf verwiesen, dass stärker als bislang im Gesetzentwurf vorgesehen der Dreiklang von Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform eine Akzentuierung erfahren müsse. Derzeit finde eine zu starke Fokussierung auf das Element der Gebietsreform stand. Die Debatte machte allerdings auch deutlich, es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das konkrete Wie der Umsetzung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Freistaat.

Matthias Gärtner



Aus dem Facebook-Protokoll

Die Abgeordnete Sabine Berninger hat auf ihrer Facebook-Seite über die Diskussion berichtet, damit Interessierte live dabei sein konnten. Folgend ein kleiner Einblick:

- Verschiedene Karten mit Anzahl und Zuschnitt der künftigen Kreise kursieren, gelegentlich mit der Behauptung, sie kämen aus Kreisen der Landesregierung. Einer der Teilnehmer betrachtet beispielsweise die im Dezember durchgeführten 5 Regionalkonferenzen als Festlegung der neuen Kreise, da sie „Anhörungen“ gewesen seien. Dem ist natürlich nicht so.

- Mit Verabschiedung des Vorschaltgesetzes (dem Rahmen- und Fahrplan für die Gebietsreform) beginnt dann der Gestaltungsprozess vor Ort. Wer sich dann bis 2019 auf Abwehrkämpfe beschränkt, ist nicht mehr Herr oder Frau des Verfahrens. Deshalb Steffen Dittes' Appell an die anwesenden KommunalpolitikerInnen, diesen Prozess, gemeinsam mit SPD und Grünen, zu gestalten, offensiv auf die anderen demokratischen Parteien im Kreistag, in den Gemeinden zuzugehen.

- Mein ganz persönliches Fazit: ich bin schlauer geworden, sowohl, was die einzelnen Reformschritte angeht,

als auch, welche Befürchtungen (und Skeptiker) „argumenten-resistent“ sind und was in der Debatte von uns ReformbefürworterInnen noch genauer herausgearbeitet und den Leuten erklärt werden müsste.

Weitere Informationen der Linksfraktion zum Thema: http://www.die-linke-thl.de/.../themen.../e_h/gebietsreform/

Leitbild und Presseveröffentlichungen zum Vorschaltgesetz sind beim Ministerium zu finden: <http://www.thueringen.de/th3/gebietsreform/index.aspx>

VON A BIS Z:

Sinnesbehindertengesetz

„Es ist an der Zeit, dass der von allen Sinnesbehindertengruppen geforderte Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen in Thüringen auf den Weg gebracht wird. Die Linksfraktion unterstützt die berechtigten Forderungen der Verbände seit vielen Jahren und sieht mit der rot-rot-grünen Landesregierung die Möglichkeit, diese verwirklichen zu können“, so MdL Karola Stange. Dabei sei es ihr auch klar, „dass wir den Nachteilsausgleich nur Schritt für Schritt umsetzen können“, jedoch sei der aktuelle Doppelhaushalt diesbezüglich vorbereitet. Rund neun Millionen Euro seien entsprechend für dieses Jahr eingestellt und für 2017 seien es 12,8 Millionen Euro.

Die LINKE macht sich dafür stark, dass das Landesblindengeld von derzeit 270 Euro auf 400 Euro bis zum Ende der Legislatur angehoben wird und Thüringen die rote Laterne im Vergleich zu anderen Bundesländer abgibt. Auch sollen nach Vorschlägen des Sozialministeriums ein Gehörlosen- sowie ein Taub-Blindengeld eingeführt werden. 100 Euro im Monat seien kein Luxus, sagt die Abgeordnete und verweist auf Ausgaben etwa für den Gebärdendolmetscher oder die Lichtsignalanlage für die Türklingel. Zudem würden bereits heute in den Nachbarländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg gehörlose Menschen einen Nachteilsausgleich erhalten, und in Berlin, Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt werde ein Taub-Blindengeld gezahlt.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags sind anberaumt am 20., 21. und 22. April sowie in der Zeit vom 18. bis 20. Mai. Die letzten Sitzungstage vor der parlamentarischen Sommerpause finden vom 22. bis 24. Juni statt. Danach wird der Landtag wieder in wieder in der Zeit vom 31. August bis 2. September planmäßig zusammentreten.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Geflüchtete Frauen

Mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat jetzt das Netzwerk Frauengesundheit Thüringen zu einer Fachtagung „Gesundheitsversorgung geflüchteter Frauen in Thüringen“ in den Landtag nach Erfurt eingeladen. Der Fachtag am 6. April verfolgt das Ziel, Erfahrungen aus den Bereichen Medizin, Versorgung und Betreuung auszutauschen und zu bündeln, um sie Multiplikatoren und betroffenen Frauen zur Verfügung zu stellen. In den Workshops zu den Themen „Sexualität, Schwangerschaft, Geburt“, „Genitalverstümmelung und deren Folgen“ sowie „Traumasensible Beratung und Begleitung“ wurden Themen behandelt, die geflüchtete Frauen und Helfende oft vor große Probleme stellen.

Tuareg-Fotos

Mit einer neuen Ausstellung geht es in der Flur-Galerie in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes im Thüringer Landtag weiter. Unter dem Motto „Fremden ein Gesicht geben - Tuareg in Südalgerien“ zeigt die LINKE in der Zeit vom 13. April bis zum 20. Mai Fotos von Helga Wiske über den Alltag der Tuareg in der Zentralsahara Südalgeriens.

Zu ihren Fotos schreibt die Künstlerin: „Fremde bleiben Fremde, solange sie uns nicht bekannt sind. Überall in der Welt habe ich auf meinen Reisen Menschen kennengelernt, die es mir erleichtern zu begreifen, dass wir uns alle ähnlich sind, ähnlich im Ertragen von Freud und Leid, ähnlich in unseren Hoffnungen und Wünschen.“

Duale Hochschule

Noch bis zum 14. April können alle Interessierten den Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach (Drucksache 6/1744) unter www.forum-landtag.thueringen.de online diskutieren. Es geht dabei um die gesetzlich beabsichtigte Wettbewerbsstärkung der Ausbildungsstandorte Gera und Eisenach. Die dort bereits existierenden staatlichen Studienakademien ermöglichen den Auszubildenden berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Im direkten Vergleich werden insbesondere in der Anerkennung und Akzeptanz der Abschlüsse der staatlichen Studienakademien Gera und Eisenach im Wirtschafts- und Dienstleistungsbereich Defizite sichtbar.